

Abgeordnetenwatch: Internet-Plattform bleibt unter Parlamentariern umstritten

Von seriös bis fragwürdig

Von unserem Korrespondenten Joachim Rück

Stuttgart. Die Internet-Plattform abgeordnetenwatch.de bleibt in Baden-Württemberg umstritten. Die Seite, die Bürgern den Austausch mit allen Landtagskandidaten ermöglichen soll, startete gestern. Einen Beitrag, "die Kluft zwischen Abgeordneten und der Bevölkerung zu schließen", verspricht sich davon Landtagsvizepräsident Wolfgang Drexler (SPD), der Schirmherr der Initiative. CDU-Fraktionschef Peter Hauk bleibt dagegen skeptisch. Er will bei der Kommunikation per Internet "keine Bewertung von Dritten". Die Plattform misst die Dialogbereitschaft von Politikern mit Wählern.

Das Portal ist bundesweit aktiv. Seit April 2010 listet es die Landtagsabgeordneten. 1562 Fragen wurden ihnen bereits gestellt, 1134 davon beantwortet, berichtet Abgeordnetenwatch-Mitgründer Gregor Hackmack. Vor der Landtagswahl am 27. März sollen nun alle Direktkandidaten aufgenommen werden. Die Profile von 495 wurden bereits eingerichtet. Hackmack: "Wir wollen den Bürgern die moralische Rechtfertigung fürs Nichtstun nehmen."

Die Fragen an die Landtagsbewerber werden vorher von Moderatoren geprüft: Beleidigungen, Neugierde auf Privates, extremistische und sexistische Inhalte sind tabu, erklärt Hackmack. "Sehr seriös", lobt Drexler.

Als abgeordnetenwatch.de vor einem dreiviertel Jahr die Landesparlamentarier aufnahm, kamen vor allem von der CDU Bedenken. Als "sehr fragwürdig" bezeichnete Hauk damals die Transparenz der Internetseite. Während die SPD zur Teilnahme animierte, empfahl der Christdemokrat seinen Fraktionären, sich vorerst nicht zu beteiligen - was er später korrigierte. Vom bundesweit "einzigen Boykottaufruf" spricht Hackmack. Gegen diesen Vorwurf wehrt sich Hauk: "Jeder Abgeordnete ist frei in seiner Entscheidung, welche Plattformen er nutzt", betont er.

Hauks Parteifreund Peter Straub habe die Schirmherrschaft für das Portal "ohne Begründung" abgelehnt, sagt Hackmack. Und inzwischen drehte die Landeszentrale für politische Bildung den Geldhahn zu. Vor einem Jahr hatte sie sich noch mit 5000 Euro an dem Projekt beteiligt. "Wir haben nichts gegen Abgeordnetenwatch", sagt Vizedirektor Karl-Ulrich Templ. Die Kooperation für die Landtagswahl sei schon unterzeichnet gewesen. Dann habe es "Veränderungen gegeben, die uns eine Kooperation unmöglich gemacht haben": ein Blog mit Bewertungen. Die Landeszentrale sei aber "zu absoluter Überparteilichkeit verpflichtet". Der elektronische Kandidatencheck finanziert sich mit Spenden und nimmt 179 Euro von Bewerbern, die dort einen üppigeren Auftritt mit Foto und Wahlkampfkalender haben wollen.

Für Hauk ist das keine Option. Er nehme die Anfragen entgegen, beantworte sie aber außerhalb von Abgeordnetenwatch, meint der Fraktionschef. Ebenfalls gering gelistet ist Ministerpräsident Stefan Mappus mit 34 Fragen und null Antworten. Die Hälfte der CDU-Fraktion hat sich bisher allerdings beteiligt. Und die nahende Landtagswahl, hofft Hackmack, könnte die Bereitschaft noch weiter steigen lassen.

Mannheimer Morgen
01. Februar 2011